

„Besser aus dem Euro austreten“

Für Deutschland überwiegen auch weiterhin klar die Vorteile einer Rückkehr zur Neuen Deutschen Mark, argumentiert der **Hamburger Wirtschaftsforscher Dirk Meyer** in seinem Essay



Tabu-Brecher

Dirk Meyer, 52, plädiert für den Euro-Ausstieg.

Währungs-Professor

Er erforscht die Euro-Zone am Institut für Wirtschaftspolitik der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Notbremser

Mit anderen Kollegen erhob er Verfassungsbeschwerde gegen das Griechenland-Hilfe-Gesetz.

Die Griechenland-Hilfe ist weder geeignet noch zum Erhalt der Stabilität der Europäischen Währungsunion (EWU) erforderlich. Was wäre bei einem griechischen Staatsbankrott geschehen? Nichts. Mit 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Euro-Zone ist Griechenland ein vernachlässigbar kleines Land. Bei einer notwendigen Umschuldung wären die Ausfälle bei deutschen Banken mit voraussichtlich etwa 18 Milliarden Euro handhabbar. Zugleich blieben die Steuerzahler weitgehend frei von Lasten.

Hätte das Euro-Krisenmanagement die Anwendung des Beistandsverbots des EU-Vertrags angewandt und dies auch für die Zukunft glaubhaft kommuniziert, hätten alle Marktakteure klare Rahmenbedingungen gehabt. Angesichts besserer wirtschaftlicher Daten der anderen Länder wäre es nicht zu einer Ansteckung gekommen.

Man stelle sich vor, die öffentlichen Haushalte Deutschlands sollten Jahr für Jahr ihren Schuldensaldo, entsprechend der griechischen Anforderungen, um 300 Milliarden Euro durch Steuermehreinnahmen und Kürzungen verbessern! Die mit der Kredithilfe von 110 Milliarden Euro verbundenen griechischen Sparauflagen von jährlich 30 Milliarden ab 2014 sind deshalb völlig illusorisch.

Ebenso ist das Reformprogramm, das den Arbeitsmarkt, Gesundheitsdienste, die Liberalisierung des Bahn- und Energiesektors und die freien Berufe umfasst, binnen Jahresfrist nicht zu bewältigen. Bei funktionsunfähigen Verwaltungsstrukturen dürfte neben Demotivation das Chaos naheliegen.

Nicht nur die Rückzahlung des deutschen Anteils in Höhe von 22 Milliarden Euro steht damit in Frage. Außerdem war die Griechenland-Hilfe der Einstieg in eine Transferunion für Misswirtschaften, die mit dem EU-Schuldenfonds von 750 Milliarden Euro ungeahnt schnell und spektakulär ihre Fortsetzung findet. Gemäß dem Motto: „Den bösen Spekulanten werden wir es schon zeigen“ versucht die Politik, Ursache und Wirkung zu verkehren. Dabei haben Spekulanten lediglich vorhandene Systemfehler aufgedeckt.

Mit dem direkten Ankauf von „Ramschanleihen“ durch die Europäische Zentralbank (EZB) dürfte das endgültige Ende der Stabilität der EWU und des Euro eingeläutet sein.

Bereits lange vor Beginn der EWU gab es warnende Stimmen, hier kämen unzureichend integrierte Länder zusammen, die strukturell nicht für eine gemeinsame Währung taugten. Die Entwicklung hat diese Vorbehalte bestätigt.

So sank der Anteil des innereuropäischen Handels, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), speziell für Griechenland und Spanien seit 1999 um zehn bzw. 25 Prozent, während der Anteil für Deutschland um über die Hälfte zunahm.

Die mangelnde Flexibilität der mediterranen Arbeitsmärkte spiegelt sich in hohen Raten der Arbeitslosigkeit mit bis zu 20 Prozent für Spanien wider. Stetig steigende Lohnstückkosten der Südländer haben deren Wettbewerbsposition nachhaltig geschwächt.

Als Folge nahmen die Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der EU stark zu. Ungewöhnlich niedrige Zinssätze führten zu einer übermäßigen Verschuldung dieser Länder, mit denen Investitionsruinen finanziert wurden.

Die Länder der Euro-Zone waren wirtschaftlich unzureichend integriert

Historisch ist das Scheitern von Währungsunionen keinesfalls einmalig. Beispiele der Lateinischen Münzunion (1865), der Skandinavischen Münzunion (1872) sowie der Kronenzone u. a. zwischen Österreich und Ungarn (1918) zeigen, dass eine unzureichende wirtschaftliche Verflechtung die Grundlage für langfristige Fehlentwicklungen ist. Hinzu traten politische Konflikte, die schließlich das Ende besiegelten. Im Gegensatz hierzu scheint der politische Wille das wesentliche Band zu sein, das die EWU als vorrangig politisch motivierte Währungsgemeinschaft aufrechterhält.

Die Aussicht auf eine dauerhafte Transferunion, die Aufgabe des Stabilitätsziels, verbunden mit hohen Inflationsraten zum Zwecke staatlicher Schuldentwertung, sowie die Einführung einer Wirtschaftsregierung auf EU-Ebene in Kombination mit der Abgabe nationaler Kompetenzen und Finanzmittel schaffen eine neue Geschäftsgrundlage.

Die Kosten sind aus deutscher Sicht immens. Die deutsche Regierung könnte zur Wahrung ►

„Mit der eigenen Währung hätte Deutschland einen Sonderstatus wie Großbritannien oder Dänemark“

Dirk Meyer,
Wirtschaftsforscher

des politischen Friedens eine Verfassungsklage als Anlass nehmen, die Währungsunion zu verlassen. Finden sich keine weiteren rechtlichen Möglichkeiten, könnte ein Austritt aus der EU für eine juristische Sekunde bei sofortigem Wiedereintritt erfolgen. Damit wäre ein Sonderstatus Deutschlands in der Währungsunion möglich, ähnlich Großbritanniens oder Dänemarks, die auch eine eigene Währung haben.

Bekanntlich steckt der Teufel im Detail und damit in Problemen der praktischen Umsetzung. Zur Wahrung des Rechtsfriedens würde eine Entlassung im Konsens der verbleibenden Mitglieder angestrebt. Um dem Entschluss Ausdruck zu verleihen, würde der Vollzug mit der Rückübertragung der Währungssouveränität auf die Deutsche Bundesbank (Art. 88 Satz 2 Grundgesetz) und die damit verbundene Ausgabe der Neuen Deutschen Mark (NDM) für einen Zeitpunkt in spätestens zwölf Monaten angekündigt (FOCUS 19/2010).

Die Umtauschfrist in Neue Deutsche Mark müsste kurz gehalten werden

Zur Vermeidung möglicher Spekulationsgeschäfte im Hinblick auf die Erwartung einer Hartwährung sowie des Zustroms von „gebietsfremden“ Euros aus der Rest-Union sollte die Ankündigung der Währungsreform sehr kurzfristig, möglichst an einem Wochenende, erfolgen. Die Umtauschfrist wäre sehr kurz zu halten und könnte sich auf zwei folgende Bankfeiertage beschränken.

Da die Neue Deutsche Mark kurzfristig nicht verfügbar ist, müsste sich das Prozedere der Umstellung zunächst auf die Registrierung der Geldvermögensbestände (Bargeld, Kontokorrent) beschränken. Alternativ könnte man die vorgelegten „deutschen“ Euro-Banknoten auch stempeln, um nur sie später als zum Umtausch berechtigt auszuweisen. Die Höhe des Umtauschkurses ist prinzipiell frei wählbar, nur sollten keine Differenzierungen nach Art und Höhe der Euro-Forderungen vorgenommen werden, um Enteignungen sowie Manipulationen entgegenzuwirken. Ein Schutz vor auswärtigen Euro-Zuflüssen auf Grund von Aufwertungserwartungen wird sich auch bei Nachweis der deutschen Gebietszugehörigkeit nicht vollständig durchsetzen lassen. Kurzfristig mag dies zu übersteigerten Ausschlägen auf den Devisenmärkten führen. Überlegenswert wäre deshalb die Einführung zeitlich begrenzter Kapitalverkehrskontrollen.

Zudem könnte die Bundesbank durch den Verkauf der illegal eingetauschten „gebietsfremden“ Euro auf dem Devisenmarkt die unfreiwillig abgegebenen neuen Banknoten wieder stilllegen.

Insbesondere für die Rest-Union stellt sich die generelle Frage, wie die Bundesbank die um-

getauschten Euro-Bestände verwenden wird. Um nicht auch den erreichten gemeinsamen Markt zu gefährden, hat die Bundesrepublik ein Interesse an einem möglichst konfliktarmen Austritt. Deshalb wird sie zunächst die inländischen Verbindlichkeiten gegenüber der Europäischen Zentralbank (EZB) mit Rückgabe von Euros auflösen. Im Gegenzug erhielte die Bundesbank ihren Kapitalanteil, die anteiligen Rücklagen sowie die sonstigen Aktiva von der EZB zurück.

Die deutsche Autoindustrie würde von einem Euro-Austritt profitieren

Ein Verlassen der Gemeinschaftswährung hätte Folgen hinsichtlich der Produktionsstruktur. Die in der Euro-Zone vorhandenen strukturellen Fehlentwicklungen machen für Deutschland als austretendes Überschussland Anpassungen für seine exportintensiven Branchen wie den Maschinenbau oder die chemische Industrie notwendig. Wurden diese Sektoren durch reale Abwertungseffekte innerhalb des Euro-Raums begünstigt, so drohen mit der zu erwartenden Aufwertung zumindest kurzfristig Überkapazitäten.

Von den exportintensiven Industrien profitieren allerdings solche mit hohen importierten Vorleistungen wie der Automobilbau. Vorteile durch sinkende Einkaufspreise erfahren auch energieintensive und elektronische Bauteile benötigende Produktionen. Branchen wie Landwirtschaft, Bergbau, Textil und Schiffbau, die bislang durch den niedrigen Euro-Kurs einen Quasi-Importschutz genossen haben, unterliegen ab sofort einem verschärften Wettbewerbsdruck und Strukturwandel. Umgekehrt erhöht sich die Wettbewerbsfähigkeit für diese Produktionen in den verbleibenden Euro-Mitgliedsstaaten. Ein sinkendes Zinsniveau dürfte langfristig jedoch Investitionen und Wachstum in Deutschland fördern.

Allgemein kann mit dem Ausscheiden aus der Währungsunion eine eigenständige, nicht an Kompromisse gebundene und damit stabilitätsorientierte Geldpolitik betrieben werden. Die wieder eingeführte Neue Deutsche Mark hat zudem Aussicht auf den Rang einer international anerkannten Transaktions-, Anlage- und Reservewährung, sodass mit einer erheblichen Erhöhung des Notenbankgewinns für die Bundesbank und so für den Bundeshaushalt zu rechnen ist.

Mit dem Austritt Deutschlands aus der Euro-Zone, das bislang zugleich der bedeutendste Nettozahler der EU war, dürfte sich der Abwertungsdruck auf den Euro verstärken. Deshalb könnte sich um die Neue Deutsche Mark auch eine Zone als Nord-Währungsunion entwickeln, die in Konkurrenz zu einem mehr aktivistisch orientierten Euro-Raum treten würde. ■